

ausschließlich per Mail

Schleswig-Holsteinischer Landtag
Umdruck 20/1714

Bankverbindung:
Evangelische Bank
IBAN: DE 6552 0604 1000 0640 1805
BIC: GENODEF1EK1

Kiel, 2023-06-30

Stellungnahme

Kinderarmut beenden – gesellschaftliche und soziale Teilhabe von Kindern und jungen Menschen gewährleisten Antrag der Fraktionen von SSW und SPD-Drucksache 20/781(neu) sowie

Kinderarmut wirksam bekämpfen

Alternativantrag der Fraktionen von CDU und BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN Drucksache 20/875

Sehr geehrte Frau Vorsitzende,

Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete,

wir bedanken uns für die Möglichkeit der Stellungnahme zu oben genannter Drucksache. Armut und besonders auch der Kinderarmut entschieden zu begegnen und entgegenzuwirken, ist eines der Kernthemen Sozialer Arbeit als Menschenrechtsprofession. Die Verbände der freien Wohlfahrt stehen für eine ganzheitliche Sicht auf Armut und machen beständig Politik, Verwaltung und Öffentlichkeit auf die gravierenden, gesamtgesellschaftlichen Auswirkungen

aufmerksam.

Es besteht mithin kein Erkenntnis-, sondern vielmehr ein Handlungsdefizit.

Kinderarmut verhindert gesellschaftliche Teilhabe in jedem Lebensbereich nachhaltig und verletzt viele der in der UN-Kinderrechtskonvention ausgewiesenen Kinderrechte. Armut manifestiert (Chancen-)Ungleichheiten, schafft Barrieren und verhindert Zugänge zu Bildung, Sport, kulturellen oder Freizeitangeboten. Sie wirkt darüber hinaus auch in andere, existenziell wichtige Bereiche wie einer gesunden Lebensführung oder auch Wohnen, etwa wenn einkommensarme Familien in zu kleinen Wohnungen leben, in Lagen, die von höherer Lärmbelästigung und Schadstoffbelastung betroffen sind und Quartieren, die zu Segregation und Stigmatisierung einzelner sozialer Schichten beitragen. Armut hat multikausale Ursachen, schließt aus, macht krank und schadet der gesamten Gesellschaft. Kinder haben keine Möglichkeit an ihrer familiären Lebenssituation aktiv etwas zu verändern. Dies wirkt sich insbesondere auf ihren Bildungsweg und die spätere Berufswahl aus, was angesichts des in allen Branchen herrschenden Fachkräftebedarfs von erheblicher gesellschaftlicher Relevanz ist. Familienunterstützende Leistungen wie beispielsweise Bildungs- und Teilhabegutscheine werden aufgrund von bürokratischen Hürden oder Unkenntnis durch nicht zielgruppengerechte Information der Berechtigten nicht in Anspruch genommen. Darüber hinaus sind die Bildungs- und Teilhabepakete nicht bedarfsgerecht finanziell ausgestattet. Das Bildungs- und Teilhabepaket gehört in seiner Form abgeschafft. Stattdessen sollen alle Kinder und Jugendliche kostenfreien oder kostengünstigen Zugang zu Sport -, – und Musikvereinen sowie kulturellen Institutionen erhalten. Darüber sind die Leistungen für z.B. Nachhilfe oder Musikunterricht direkt an die Eltern auszuführen. Sämtliche Hilfesysteme sind zu entbürokratisieren und so auszugestalten, dass sie die Lebensrealität der anspruchsberechtigten Familien berücksichtigen, damit die Leistungen unproblematisch bei den Kindern ankommen. Dazu gehört auch die Bündelung der Leistungen sowie passgenaue Information und Beratung von Leistungsberechtigten.

Die Durchführung einer im Koalitionsvertrag der Landesregierung erwähnten Kinderarmutskonferenz begreifen wir als Auftakt, das Thema dauerhaft in den politischen Maßnahmen und Ansätzen aller Ministerien zu verankern, mitzudenken und weiterhin

gemeinsam zu bewegen. Bei der Planung regen wir die Einbeziehung der Wohlfahrtsverbände an, um die ausgewiesene Expertise gewinnbringend zu nutzen.

Das Thema Fachkräftemangel in der Sozialen Arbeit muss aus unserer Sicht interdisziplinär und zielgruppenübergreifend gedacht werden, hier bedarf es vieler Ansätze und Maßnahmen mit unterschiedlichen Schwerpunkten, um eine hohe Wirksamkeit zu ermöglichen.

Wir freuen uns, wenn die von den Verbänden seit Langem beworbene Idee der multidisziplinären Präventionsketten aufgegriffen und weiterentwickelt wird. Hier gilt es, Doppelstrukturen zu vermeiden und ggf. eher darum, existierende Strukturen auszubauen und zu verstärken.

Wohnraumangel, insbesondere im Segment der örtlichen Mietobergrenzen bzw. des sozialen Wohnungsbaus, ist ein strukturelles Problem. Gerade einkommensarme Familien leben oft in zu kleinen, Einzelpersonen dagegen in zu großen Haushalten, insbesondere in Mittel- und Ballungszentren, aber auch im ländlichen Raum fehlt es an bezahlbarem Wohnraum. Neu entstehende Quartiere müssen generell inklusiv und unter Einbeziehung der sozialen Dimension gestaltet werden. Hier bedarf es einer gemeinsamen Vorgehensweise von allen Akteuren aus Politik, Verwaltung, Wohnungswirtschaft unter Einbeziehung der freien Wohlfahrtsverbände. Das Netzwerk Bauen und Wohnen muss in diesem Sinne weiter fortgeführt werden. Ebenso wichtig ist eine gemeinwohlorientierte Boden- und Nutzungspolitik in Schleswig-Holstein.

Da Kinderarmut auch in der Regel Mütterarmut ist, muss auch die Vereinbarkeit von Familie und Beruf insbesondere von Ein-Eltern-Familien möglich gemacht werden. Dazu braucht es auf kommunaler Ebene eine bessere Infrastruktur in der Ganztagsbetreuung und der Betreuung unter Dreijähriger.

Wir begrüßen und unterstützen die im vorliegenden Antrag ausgeführten Anregungen und Vorhaben. Gleichzeitig sehen wir die Einbindung der freien Wohlfahrtsverbände bei der Entwicklung von sämtlichen Maßnahmen und Umgestaltungen von Hilfesystemen als unverzichtbar an, da die ihnen angeschlossenen Träger und Einrichtungen über eine

einzigartige Expertise verfügen und nur so die soziale Dimension der Armut ganzheitlich erfasst und berücksichtigt werden kann.

1. Kita

Kitas spielen eine sehr relevante Rolle im Kontext von Kinderarmut., um Kindern aus einkommensarmen Familien gerechte Bildungschancen zu bieten und soziale Ungleichheiten abzubauen. Sie können einen sicheren Raum schaffen, in dem Kinder ihre Fähigkeiten und Talente entwickeln können, unabhängig von ihrer finanziellen Situation. Dafür ist es relevant, dass langfristig die Bildung von Anfang an für die Personensorgeberechtigten kostenfrei ist. Es ist entscheidend, dass Kitas ausreichende Ressourcen haben, um auf die Bedürfnisse einkommensarmer Familien einzugehen. Dies kann zusätzliche finanzielle Unterstützung bedeuten, um qualitativ hochwertige Bildungsprogramme, Mahlzeiten oder andere Dienstleistungen anzubieten. Es ist auch wichtig, dass Kitas eng mit den entsprechenden sozialen Diensten und Organisationen zusammenarbeiten, um Familien in schwierigen Situationen ganzheitlich zu unterstützen.

Um Kinderarmut langfristig zu bekämpfen, sollten politische Maßnahmen ergriffen werden, um einkommensschwache Familien zu unterstützen und den Zugang zu hochwertiger frühkindlicher Bildung zu verbessern. Dies könnte die Bereitstellung von staatlichen Subventionen, die Schaffung von mehr Kita-Plätzen oder die Einführung von bedarfsgerechten Betreuungsangeboten umfassen. Um die Familien zu erreichen und zur Vermittlung von Hilfe zur Selbsthilfe sowie der möglichen Unterstützungssysteme hat sich die aufsuchende Soziale Arbeit, die an Kitas oder/und Familienzentren angedockt sein können, bewährt. Daher sind Maßnahmen zur Stärkung und zum Ausbau dieser Strukturen wirkungsvoll und förderungswürdig.

2. Jugendhilfe

Es ist wichtig, dass familienunterstützende Dienstleistungen wie Familienhilfe, Erziehungsberatung, Haushaltshilfe (in kinderreichen Familien oder Menschen mit Behinderung) ausgebaut und intensiviert werden. Es kommt häufig vor, dass Familien lange auf

einen Termin warten müssen, bis sie einen Termin in einer Erziehungsberatungsstelle bekommen und die Abstände zwischen Beratungen oft zu lang sind.

Es sollten Maßnahmen ergriffen werden, die die Zusammenarbeit zwischen Kinderärzten und Jugendhilfe verbessern. Kinderärzte und die Jugendhilfe sollten besser vernetzt werden, dadurch könnten Kinderärzte Eltern während der U-Untersuchungen an geeignete Beratungsstellen verweisen.

3. Perspektivschulen

Der Zugang zu Unterstützung im schulischen Kontext wie Nachhilfe o.ä. ist meistens mit zusätzlichen finanziellen Belastungen und Bürokratie verbunden. Dies kann zu weiteren Bildungsungleichheiten führen.

Perspektivschulen spielen bei den derzeitigen Schulstrukturen eine wichtige Rolle bei Chancengleichheit im Bildungssystem. Sie sind speziell auf die Bedürfnisse und Herausforderungen benachteiligter Schülerinnen und Schüler ausgerichtet – erreichen jedoch nur einen kleinen Anteil an Kindern und Jugendlichen. Prospektiv sollten Schulen so ausgestattet sein, dass Jugendhilfe und Schule noch enger verzahnt zusammenarbeiten und Ressourcen für Schulsozialarbeit, Assistent*innen in Klassen, Digitalisierung etc. zur Verfügung stehen. Bei den angedachten Perspektiv-Kitas ist zu beachten, dass keine Parallelstrukturen aufgebaut, sondern die vorhandenen gestärkt und weiterentwickelt werden.

4. Entbürokratisierung der sämtlichen Hilfesysteme

Wir erkennen, dass Familien durch bürokratische Hürden bei der Beantragung von Hilfen viele Schwierigkeiten haben. Oft sind die Anträge sehr kompliziert, so dass Familien Schwierigkeiten haben, sie auszufüllen und die benötigte Unterstützung zu beantragen. Darüber hinaus können Personalmangel in den Ämtern zu langen Wartezeiten bei der Bewilligung von Hilfen führen. Diese Herausforderungen sollten angegangen werden, um sicher zu stellen, dass Familien leichter Zugang zu den ihnen zustehenden Hilfen erhalten. Dies könnte beispielsweise durch Vereinfachung der Antragsverfahren, Schulungen für Familien oder eine Aufstockung des

Personals in den Ämtern erreicht werden. Casemanagement in der Sozialen Arbeit ist hierbei eine wirkungsvolle Methode, um die Vermittlung und Zugänge zu erleichtern.

- Weitere Ideen, um die Kosten für Familien zu entlasten sind warme Mahlzeiten für Kinder und Jugendliche (bspw. in den Einrichtungen der offenen Kinder- und Jugendarbeit).
- Die kostenlose Nutzung der Angebote des Offenen Ganztags.
- Eine kostenlose Nachhilfe über bestehende Nachhilfeinstitute oder implementiert in die Offenen Ganztagsangebote.
- Die Kostenübernahme der Ferienfreizeiten und Klassenfahrten für alle Kinder und Jugendliche.
- Die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben kann mit der Einführung einer Kultur-Card mit Partner wie Kinos, Schwimmbädern etc. zur kostenlosen Nutzung für Kinder- und Jugendliche ermöglicht werden.
- Ein kostenloses Deutschland-Ticket für alle Kinder und Jugendlichen in Schleswig-Holstein würde Ihre Mobilität erhöhen und zur Kostenentlastung bei den Familien führen

Haben Sie weitergehende Fragen? Wir stehen gerne für eine Vertiefung des Themas zur Verfügung.

Mit freundlichem Gruß



Michael Saitner

Vorsitzender LAG/Koordinator FA KJFF